

Längeres gemeinsames Lernen aller Schüler/innen –

Die „Initiative längeres gemeinsames Lernen“ hat im Mai 2007 einen offenen Brief an Kultusminister Helmut Rau geschrieben (siehe b&w-Titelthema im Juni-Heft). Die Lehrer, Schulleiter und Lehrerausbilder fordern darin, die Probleme der Hauptschule endlich grundsätzlich zu lösen. Sie lehnen weitere Reformversuche ab und fordern stattdessen, die Schulstruktur grundsätzlich zu verändern. Insbesondere fordern sie ein längeres gemeinsames Lernen aller Schüler/innen und ein Ende der Selektion nach

Klasse 4. Sie verweisen auf die Akzeptanzprobleme der Hauptschule, die schlechten Ergebnisse badenwürttembergischer Schulen in internationalen Vergleichsstudien, die soziale Ungerechtigkeit des hiesigen Schulsystems und die ermutigenden Erfahrungen mit einem integrierten Schulsystem in anderen Ländern. Völlig ungelöst ist auch die Frage, was aus den kleinen Hauptschulen im ländlichen Raum werden soll, die durch den Rückgang der Schülerzahlen existentiell bedroht sind. Ca. 150 Schullei-

ter/innen von Grund- und Hauptschulen aus Oberschwaben und dem Kreis Esslingen unterstützen den Brief. Zahlreiche andere Gruppen haben sich den Forderungen der Initiative angeschlossen (siehe die folgenden Seiten).

Kultusminister Rau reagiert auf den Vorstoß empfindlich. Er lehnt jegliche Diskussion über eine Veränderung der Schulstruktur ab und droht den Schulleiter/innen dienstrechtliche Konsequenzen an. Für ihn steht die Leistungsfähigkeit des gegliederten Schulsystems fest. Er

Wir stehen hinter den Schulleitern

Die Grüne Fraktion im Landtag hat den unterzeichnenden Schulleitern in einem offenen Brief ihre Unterstützung zugesagt und wird das Thema auf Landesebene im Rahmen einer parlamentarischen Initiative weiterverfolgen. Grundsätzlich vertreten wir einen Ansatz, der den Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem vollzieht und ein integratives Schulsystem bis einschließlich der neunten Klasse vorsieht. Angesichts der enormen Wichtigkeit einer guten Ausbildung muss besonders im Hinblick auf Schüler, die vom Elternhaus nicht optimal gefördert werden können, die soziale Selektivität des momentanen Schulsystems aufgebrochen werden. Dies kann unserer Ansicht nach nur erreicht werden, wenn Schülern ausreichende und langfristige Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden und nicht schon nach der vierten Klasse endgültig aussortiert wird.

Winfried Kretschmann und
Oswald Metzger (GRÜNE)

Strukturdebatte ist nicht zielführend

In den PISA-Untersuchungen wird betont, dass zwischen Qualität und Struktur der Schulen ein direkter Zusammenhang nicht besteht. Die neu entfachte Strukturdebatte ist also nicht zielführend. Wir brauchen eine bessere Förderung schwa-

cher Schüler. Bessere Förderung heißt nach unserer Überzeugung vor allem frühe Förderung bereits im Kindergarten. Wer mit sprachlichen Defiziten in die Schule kommt, dem wird noch so langes gemeinsames Lernen nicht entscheidend helfen – es kommt zu spät.

Die Abschaffung der Hauptschule (und damit auch der Realschule) schafft mehr Probleme als sie löst. Wir wollen die Qualität der Hauptschule weiter stärken und uns gemeinsam mit den Kommunen den Problemen der Standortgefährdung aufgrund sinkender Schülerzahlen stellen. Wir wünschen uns daher mehr Offenheit für Modelle, die vor Ort durch die Schulen selbst gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern entwickelt werden. Dies gilt auch und insbesondere für alle Formen gemeinsamen Lernens über Schulartgrenzen hinweg.

Dr. Ulrich Noll und
Dr. Hans-Peter Wetzler (FDP)

Gleiche Bildungschancen für alle durch längeres gemeinsames Lernen

Wir brauchen dringend einen Kurswechsel: weg vom gegliederten hin zum integrativen Schulsystem. Die frühe Aufteilung der Kinder nach der 4. Klasse folgt einem veralteten Begabungsbegriff und verhindert gleiche Bildungs- und damit Zukunftschancen für alle. Das 3-gliedrige Schulsystem hat ein nachgewiesenes Gerechtigkeits- und Leistungs-

problem.

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion, dass Kinder länger gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Unser Ziel ist die 10-jährige gemeinsame Schulzeit. Auf dem Weg dahin sollen Zwischenschritte möglich sein, und zwar je nach Situation in den Kommunen vor Ort. Wir wollen die Grundschulzeit zunächst auf sechs Jahre verlängern. Haupt- und Realschule sollen zur 4-jährigen Gemeinschaftsschule mit neuem pädagogischem Konzept zusammengeschlossen werden, inklusive der Möglichkeit, einen gymnasialen Zweig anzugliedern. Der Regelabschluss ist die Mittlere Reife, aber auch der Hauptschulabschluss soll möglich sein. Das SPD-Reformkonzept erhält leistungsfähige Schulstandorte wohnortnah und stärkt damit auch den ländlichen Raum. Und es bietet bessere Lernbedingungen und gleiche Bildungschancen für alle.

Die SPD-Fraktion steht mit ihrer Forderung nach einer Überwindung des 3-gliedrigen Schulsystems nicht alleine. Immer mehr Stimmen aus Wissenschaft, Wirtschaft und den Reihen der Eltern fordern, Kinder nicht frühzeitig auszusortieren, sondern sie in einem integrativen Schulsystem individuell zu fördern. Und auch die Schulpraktiker vor Ort machen nun Druck und fordern den Kultusminister zu einem Paradigmenwechsel in der Schulstrukturfrage auf. Dabei argumentieren sie im Interesse bestmöglicher Förderbe-

Positionen zum offenen Brief der Schulleiter

sieht die Befürworter einer Veränderung der Schulstruktur in der Beweispflicht, dass ein integriertes System leistungsfähiger sei. Er bleibt allerdings die Antwort schuldig, wie das Gerechtigkeits- und Leistungsproblem des gegliederten Schulsystems gelöst werden kann. Mit dem Abschneiden der baden-württembergischen Schulen im internationalen Vergleich kann niemand zufrieden sein.

Die GEW begrüßt und unterstützt das Anliegen der Initiative. Die GEW fordert seit Jahren die Ein-

führung einer „Schule für alle“, in der alle Kinder bis zum Ende der Sekundarstufe 1 unterrichtet werden. Als Zwischenschritt akzeptiert die GEW eine Regionalschule, in der Haupt- und Realschule zusammengeführt werden. Die Probleme der Hauptschule müssen dringend und grundsätzlich gelöst werden, wie der Kommentar auf Seite 11 belegt. Nicht zuletzt müssen sich die Arbeitsbedingungen der dortigen Lehrer/innen (Klassengröße, Deputat, Bezahlung) verbessern. Die Reaktion des Kultus-

ministers auf den offenen Brief ist für die GEW inakzeptabel.

Die b&w-Redaktion hat 15 Landtagsabgeordnete aus den betroffenen Wahlkreisen (siehe Kasten) angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten. Sie sollten die Frage beantworten, wie die Probleme der Hauptschulen in ihren Wahlkreisen grundsätzlich gelöst werden können. Die Antworten dokumentieren wir hier.

Michael Hirn

dingungen für alle Kinder und Jugendlichen. Zahlreiche weitere Schulleiter und bildungspolitisch Engagierte aus dem ganzen Land schließen sich der Forderungen des Offenen Schulleiterbriefes an. Das zeigt: der Druck von unten steigt, denn das 3-gliedrige Schulsystem passt nicht mehr in unsere Zeit. Völlig unverständlich ist die obrigkeitstaatliche Reaktion des Kultusministers. Anstatt auf die Fragen und Argumente fundiert einzugehen, werden die Schulleiter vorgeladen und diszipliniert – zum Glück ohne Erfolg. Die Landesregierung verteidigt das 3-gliedrige Schulsystem mit Zähnen und Klauen. Mit ihrer ideologisch verbohrt Blockadepolitik steht sie zunehmend alleine da, denn sie geht zu Lasten besserer Bildungschancen für alle. Und sie wirft vielen innovativen und von Schulträgern, Schulen und Eltern gemeinsam erarbeiteten Schulentwicklungsplänen vor Ort Knüppel zwischen die Beine.

Carla Bregenzer,
Wolfgang Drexler, Nils Schmid,
Norbert Zeller (SPD)

Vom Kind her denken

Beide Seiten haben sich wenig Neues zu sagen – ich will es trotzdem mal versuchen: Das gegliederte Schulsystem wird an einem Idealbild der Gleichheit und Selektionsvermeidung gemessen. Mein Idealbild sind Vielfalt und Leistungswettbewerb.

So oder so sollten wir alle ein Inter-

esse daran haben, möglichst vielen Kindern eine gute Basis bis zu ihrem 10. Lebensjahr mitzugeben. Mich stört nicht, dass unterschiedliche Bildungs- und Verhaltensniveaus festgestellt werden, sondern mich stört, dass sie vorhanden sind. Dass über 20 Prozent der Kinder psychische Belastungen haben, dass die Sprachfähigkeit bis zur Schulreife abgenommen hat, dass es Medienverwirrung und -verwahrlosung gibt. Mich stört, dass ein Teil der Eltern ihren Aufgaben von Bildung und Erziehung vor allem in einer frühen Phase nicht gerecht werden und dass Kindergarten und Grundschule Kinder noch nicht optimal fördern. Damit sollten wir uns eigentlich befassen. Diese Probleme bleiben den Kindern, wie auch immer die Schule etikettiert ist, in der sie sind. Und ich glaube, dass eine Hauptschule, hinter der ihre Lehrer stehen (ich dachte, das gehört zum Berufsethos) mit Bildungs- und Erziehungsunterschieden besser umgehen können, und ihren Schülern mehr Entwicklung und mehr Erfolg vermitteln können. Eine leistungsgerechte Schule ist eine, die Kindern und Jugendlichen gerecht wird – und nur darum geht es.

Ulrich Müller (CDU)

Aussagen stimmen nicht

Zwei Aussagen in Ihrem Artikel stimmen so nicht: Die Ergebnisse baden-württembergischer Schulen seien international schlecht, ist eine

unzulässige Pauschalierung; Minister Rau habe dienstrechtliche Konsequenzen angedroht, ist falsch - er verlangt zu Recht die Einhaltung des Dienstweges. Seit Jahren fordern SPD und GEW die Abschaffung des gegliederten Schulsystems und verunglimpfen die Hauptschule als Restschule. NRW hat bewiesen, dass Einheitsschulen nicht besser sind. Bei uns ist die Jugendarbeitslosenquote und die Schulabbrecherquote die geringste aller Länder. Einheitsschulen führen im ländlichen Raum zur Schließung von ca. 50 % der Standorte. Die Auflösung der Hauptschule ändert am Problem der Schüler nichts. Die Kinder müssen viel früher gefördert und gefordert werden, man raubt ihnen damit nicht die Kindheit, wie jahrzehntelang kolportiert, gerade auch von links. Zudem ist die Hauptschule weiterzuentwickeln und die Ausbildungsfähigkeit der Schüler zu stärken. Darauf sollten wir alle Kräfte konzentrieren.

Christa Vosschulte (CDU)

Um eine Stellungnahme wurden folgende MdLs gebeten:

Wahlkreis 7 Esslingen: Christa Vosschulte (CDU), Wolfgang Drexler (SPD). Wahlkreis 8 Kirchheim: Karl Zimmermann (CDU), Carla Bregenzer (SPD). Wahlkreis 9 Nürtingen: Jörg Döpfer (CDU), Nils Schmid (SPD), Winfried Kretschmann (GRÜNE), Ulrich Noll (FDP). Wahlkreis 66 Biberach: Peter Schneider (CDU), Oswald Metzger (GRÜNE). Wahlkreis 67 Bodensee: Ulrich Müller (CDU), Norbert Zeller (SPD), Hans-Peter Wetzel (SPD). Wahlkreis 68 Wangen: Paul Locherer (CDU). Wahlkreis 69 Ravensburg: Rudolf Köberle (CDU).